

Fritz Breuss

Sonderentwicklung in Deutschland überlagert internationale Konjunkturabkühlung

Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer hat sich um die Jahreswende 1989/90 verlangsamt. Eine auf Preisstabilität achtende Geldpolitik hat angesichts von Überhitzungserscheinungen die Konjunkturabschwächung bewußt herbeigeführt. Vor allem in den USA, in Großbritannien und Schweden, wo die Inflationsgefahr am größten war, wirkten sich die Stabilisierungsmaßnahmen fühlbar dämpfend auf die Nachfrage aus. In den anderen Industrieländern setzte sich der Aufschwung leicht verlangsamt fort. Die anhaltend kräftige Expansion in Japan und Westeuropa resultiert aus der robusten Investitionsneigung infolge hoher Kapazitätsauslastung und günstiger Gewinnerwartungen. Die Beschäftigung ist in fast allen Ländern gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen gesunken. Trotz Anspannung auf dem Arbeitsmarkt blieben Lohn- und Preisauftrieb mäßig. Die Außenhandelsungleichgewichte zwischen den drei größten Industrieländern — den USA, Japan und der BRD — konnten weiter abgebaut werden. Ungelöst bleiben die Probleme im Zusammenhang mit der Verschuldung der Entwicklungsländer. Die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in den europäischen Staatshandelsländern haben sowohl neue Risiken als auch Perspektiven für die Weltwirtschaft eröffnet. Von der neu-

Die Dynamik der internationalen Konjunktur hat sich im Vorjahr abgeschwächt. Vielen Industriestaaten gelang es, durch eine restriktive Geldpolitik die Überhitzungserscheinungen einzudämmen und auf einen soliden Wachstumspfad einzuschwenken. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte konnten etwas verringert werden. Die deutsch-deutsche Währungsunion, die Umwälzungen in den Oststaaten, das weltweite Ansteigen der langfristigen Zinsen und die Schwäche des Yen sind neue Unsicherheitsfaktoren für eine künftige Entwicklung. Die Prognose geht davon aus, daß sich die internationale Konjunktur — mit Ausnahme einiger Länder — bis 1991 abflachen wird.

en Entwicklung in den Oststaaten sind kurzfristig kaum nennenswerte Impulse für die Konjunktur in Westeuropa zu erwarten. Dagegen wird sich die bevorstehende deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in der Bundesrepublik Deutschland kurzfristig beträchtlich auswirken. Deutschland könnte in naher Zukunft zur „Konjunkturlokomotive“ für Europa werden.

Mehrere Institutionen haben in jüngster Zeit Berechnungen über die möglichen ökonomischen Auswirkungen der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion auf die Bundesrepublik Deutschland und andere Industrieländer — meist isoliert für ein

oder mehrere Länder — angestellt. Die OECD simulierte mit ihrem INTERLINK-Modell erstmals die internationalen Rückwirkungen der deutsch-deutschen Währungsunion¹⁾

Zur Bewältigung dieser Aufgabe ging die OECD zweistufig vor. Zunächst erstellte sie für die DDR ein hypothetisches (kalibriertes) Makro-

Mögliche Auswirkungen der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion auf die Industriestaaten

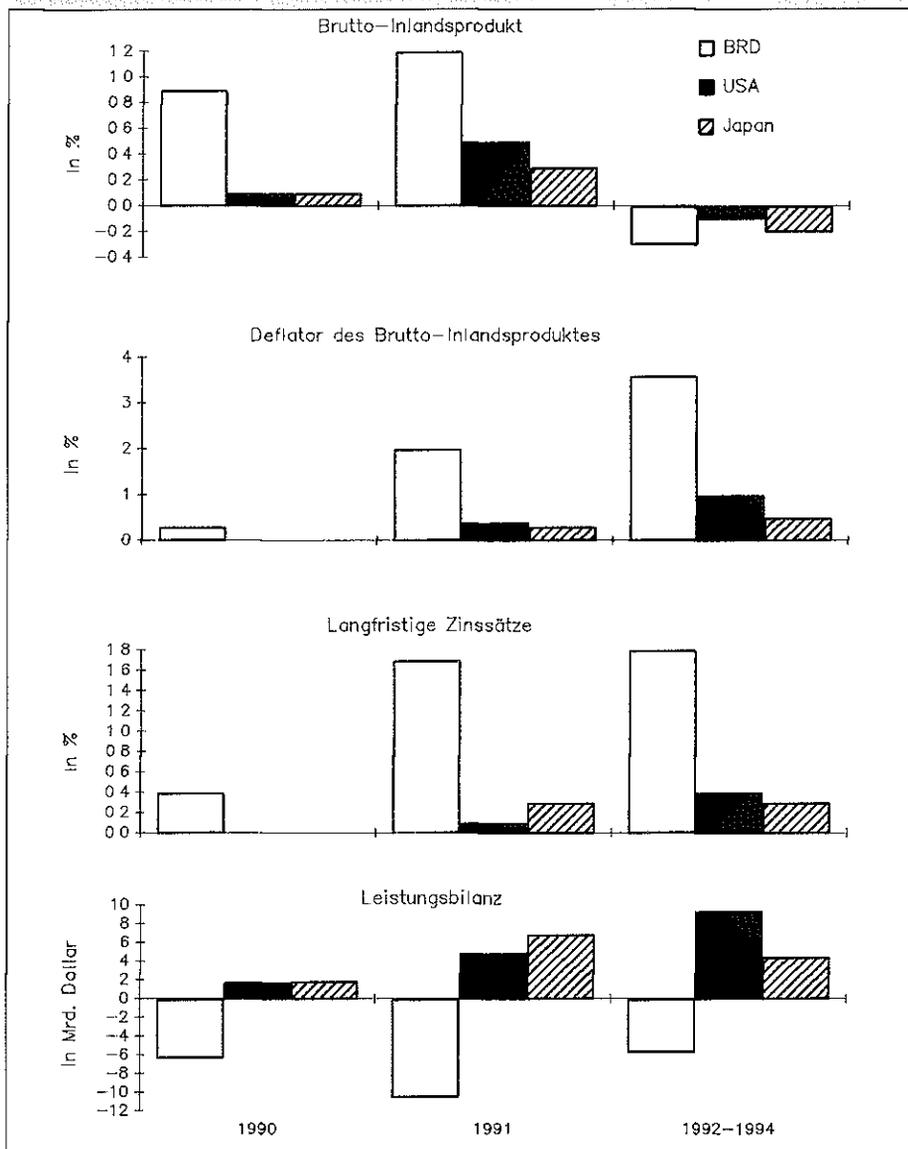
modell. Daraus wurde unter zwei verschiedenen Annahmen über die Dauer des Aufholprozesses gegenüber dem Entwicklungsniveau der BRD („Catch-up“ in 15 bzw. 30 Jahren; derzeit beträgt das BIP pro Kopf rund 45% von jenem der BRD) die mögliche Netto-Importnachfrage der DDR abgeleitet und als Input (Exportchock für die übrigen Länder) in das INTERLINK-Modell eingegeben. Die Ergebnisse hängen auch davon ab, wieviel der Bundesrepublik Deutschland von den zusätzlichen Nettoimporten der DDR zugute kommt (75% oder 50%).

Betrachtet man die günstigste Variante (d. h. die DDR kann das Entwicklungsniveau der BRD in 15 Jahren aufholen, und 75% der Nettoimporte der DDR werden von der BRD gedeckt), so ergäbe sich für die BRD

¹⁾ OECD: A Framework for Assessing the Impact of German Economic and Monetary Union on OECD Countries. CPE/STEP(90)3. Paris, 1990.

Auswirkungen der deutschen Währungsunion
Abweichung von einer mittelfristigen Basislösung

Abbildung 1



Die OECD nimmt in ihren Simulationen mit dem INTERLINK-Modell an, daß 75% der zusätzlichen Importnachfrage der DDR der BRD zugute kommen, daß die DDR innerhalb von 15 Jahren zum westdeutschen Entwicklungsniveau aufschließen kann, und daß die Geldpolitik in der BRD die Inflationsrate mittelfristig auf rund 3% halten kann. Die negativen Leistungsbilanzeffekte beziehen sich auf die BRD einschließlich der DDR.

aus der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion kurzfristig ein positiver Wachstumsimpuls (1990 würde das reale BIP um 0,9 Prozentpunkte höher liegen als im Basisszenario, 1991 sogar um 1,2 Prozentpunkte), mittelfristig würde das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt aber um 0,3 Prozentpunkte pro Jahr zurückbleiben (Abbildung 1)

Im ungünstigsten Fall („Catch-up“ in 30 Jahren, die BRD profitiert nur zu 50% von der zusätzlichen Nachfrage der DDR) wäre der kurzfristige Wachstumsimpuls für die BRD rund ½ Prozentpunkt, und die mittelfristigen Wachstumseinbußen betrügen

½% des BIP. Der Grund dafür liegt darin daß angesichts voller Kapazitätsauslastung die zusätzliche Nachfrage inflationär wirkt und die Geldpolitik restriktiver werden muß. Die Zinsen würden steigen – einerseits infolge der restriktiven Geldpolitik und andererseits wegen der Übernachfrage auf dem Weltkapitalmarkt aufgrund der zum Wiederaufbau der Wirtschaft der DDR notwendigen Finanzmittel – und die Investitionsneigung in der BRD mittelfristig wieder dämpfen. Der Überschuß in der Leistungsbilanz eines gemeinsamen deutschen Staates gegenüber dem Rest der Welt würde 1990 um 6,3 Mrd. \$, 1991 um

10,5 Mrd. \$ abgebaut und mittelfristig um 5,7 Mrd. \$ pro Jahr sinken

Die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum anderer Industriestaaten sind wesentlich geringer: In OECD-Europa würde der zusätzliche Wachstumsimpuls 1990 0,3 Prozentpunkte und 1991 0,4 Prozentpunkte betragen, mittelfristig wäre das reale BIP-Wachstum um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr niedriger. Der Inflationseffekt ist in der BRD am stärksten; das löst eine real-effektive Aufwertung aus. Bemerkenswert an den Simulationsergebnissen ist, daß sie keinen wesentlichen Druck innerhalb des EWS erwarten lassen, weil sich das Inflationsdifferential zugunsten der nicht-deutschen EWS-Länder verringern dürfte und weil angenommen wurde, daß die EWS-Länder ihre Zinssätze so anpassen, daß die bilateralen Wechselkurse zur DM konstant bleiben. Da diese Simulationen nur ein hypothetisches Abtasten möglicher ökonomischer Auswirkungen der deutsch-deutschen Währungsunion sind, wurden die Ergebnisse nur in den Prognosen für die BRD indirekt berücksichtigt.

Abflachung des Wachstums bis 1991

Das Konjunkturmodell hat sich gegenüber der Einschätzung vom Herbst 1989 nicht wesentlich geändert. Die wirtschaftliche Vereinigung beider deutscher Staaten läßt zwar in der Bundesrepublik Deutschland potentiell ein höheres Wachstum erwarten als bisher angenommen, im übrigen Europa sowie in den USA und in Japan werden die Auswirkungen aber selbst im günstigsten Szenario kurzfristig kaum mehr als +¼% des BIP betragen.

Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich im gesamten OECD-Raum und in Europa von 3,5% 1989 auf 3% 1991.

Das WIFO hält daher im wesentlichen an der bisherigen Prognose fest, da auch die sonstigen Annahmen über die Wirtschaftspolitik unverändert geblieben sind. Die meisten Länder werden ihre Politik der Budgetkonsolidierung fortführen. Zusätzlich zur anhaltend restriktiven Geldpolitik wird der beträchtliche Kapitalbedarf für Investitionsprojekte in Osteuropa

Wirtschaftswachstum

Übersicht 1

	Brutto-National- und -Inlandsprodukt		Industrieproduktion				
	Gewicht ¹⁾	1989	1990	1991	1989	1990	1991
			Veränderung gegen das Vorjahr in %				
USA ²⁾	35,8	+3,0	+2,0	+2,5	+3,3	+1,0	+2,5
Japan ²⁾	19,0	+4,9	+4,5	+4,0	+5,9	+3,5	+4,0
BRD ²⁾	9,0	+4,0	+3,8	+4,0	+5,1	+4,0	+4,5
Frankreich	7,1	+3,4	+3,0	+3,0	+3,7	+3,0	+2,5
Italien	6,1	+3,4	+3,0	+3,0	+3,7	+3,5	+3,0
Großbritannien	5,4	+2,3	+1,3	+2,0	+0,8	±0,0	+1,0
Kanada ²⁾	3,3	+2,9	+2,0	+2,5	+1,1	+1,0	+2,3
Große Industrieländer	85,7	+3,5	+2,8	+3,0	+3,8	+2,0	+3,0
Spanien	2,3	+5,0	+4,0	+4,0	+4,4	+3,5	+4,0
Niederlande	1,7	+4,2	+3,3	+3,3	+5,0	+3,5	+3,5
Australien	1,6	+4,9	+1,3	+2,8	+4,5	+1,0	+2,0
Schweiz	1,4	+3,1	+2,5	+2,5	+2,0	+1,0	+2,0
Schweden	1,3	+2,1	+0,8	+0,5	+3,0	-0,5	+1,0
Belgien	1,1	+4,2	+3,3	+2,8	+3,6	+3,0	+2,5
Österreich	0,9	+3,8	+3,5	+3,0	+5,7	+4,5	+4,0
Dänemark	0,8	+1,1	+1,3	+2,0			
Finnland	0,7	+4,9	+2,5	+1,0	+2,9	+2,0	+1,0
Norwegen ²⁾	0,7	+5,6	+3,0	+3,5	+0,5	+2,3	+2,3
Türkei ²⁾	0,5	+1,9	+3,5	+4,3			
Griechenland	0,4	+2,3	+1,5	+1,5	+1,5	+0,5	+1,0
Portugal	0,3	+5,4	+3,8	+3,5	+4,5	+3,0	+3,5
Neuseeland	0,3	+0,5	+2,0	+3,0			
Irland ²⁾	0,2	+3,8	+4,0	+3,8	+12,4	+8,0	+5,0
Luxemburg	0,1	+3,5	+3,5	+3,0	+8,5	+5,0	+3,0
Island ²⁾	0,0	-3,4	+0,0	+1,0			
Kleine Industrieländer	14,3	+3,8	+2,8	+2,8	+4,0	+2,5	+2,8
OECD insgesamt	100,0	+3,6	+2,8	+3,0	+3,9	+2,0	+3,0
OECD-Europa	40,0	+3,5	+3,0	+3,0	+3,8	+2,8	+3,0
EG	34,5	+3,5	+3,0	+3,0	+3,5	+2,8	+3,0
EFTA	5,0	+3,6	+2,3	+2,0	+2,9	+1,8	+2,0

Q: OECD, IMF, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ In % des OECD-BNP 1987 — ²⁾ Brutto-Nationalprodukt — ³⁾ Industrieproduktion ohne Erdölsektor

im gesamten OECD-Raum dürfte sich auf 1% abflachen (nach +2,5% 1988)

Inflation stabilisiert

Die Überhitzungserscheinungen des Aufschwungs konnten im Verlauf des Vorjahres durch geldpolitische Restriktionen erfolgreich bekämpft werden. Der steile Preisanstieg seit Mitte 1988 — teilweise beschleunigt durch Sonderfaktoren (Anhebung der indirekten Steuern in der Bundesrepublik Deutschland in Italien, Belgien und Japan) — klang ab. Die Anspannung auf den Gütermärkten (Kapazitätsauslastung) und Arbeitsmärkten (niedrige Arbeitslosigkeit) läßt nach und könnte den Kosten- und Inflationsauftrieb dämpfen.

Die Inflation konnte dank einer konsequenten geldpolitischen Restriktion eingedämmt werden. Die Fortführung dieser Politik wird auch angesichts des potentiellen Preisauftriebs infolge der deutsch-deutschen Währungsunion unterstellt.

Da sowohl Endproduktpreise als auch Lohnstückkosten nahezu gleich stark anzogen, wurden die Gewinne der Unternehmen im Vorjahr kaum beeinträchtigt. Die vorliegende Prognose unterstellt, daß sich infolge des restriktiven Einflusses der Geldpolitik und der Stabilisierung der Rohwarenpreise die Inflation (gemessen am Anstieg der Verbraucherpreise) bis 1991 in der OECD insgesamt auf 5,8% und in OECD-Europa auf 7,8% stabilisiert (Erhöhung der Inflationsrate aufgrund des neuen Gewichtungsschemas — Übersicht 2 — um rund 3 Prozentpunkte, OECD insgesamt um mehr als 1 Prozentpunkt).

Auf den internationalen Rohwarenmärkten hat der Preisauftrieb im Vorjahr stark nachgelassen. Der HWWA-Index für Weltmarktrohstoffpreise stagnierte im Jahresdurchschnitt 1989 (auf Dollarbasis, ohne Energierohstoffe), nach +21% 1988. Die Abschwächung der Konjunktur spiegelt sich in den meisten Industriestaaten in einer deutlich nachlassenden Nachfrage nach Industrierohstoffen²⁾ (Übersicht 3).

Die Arbeitsgruppe „Rohstoffprei-

den Weltkapitalmarkt anspannen und das Zinsniveau hoch halten. Die Konjunktur wird in den Industrieländern allmählich abflachen und heuer einen unteren Wendepunkt erreichen. Das Brutto-Nationalprodukt der OECD insgesamt wird 1990 um 2,8% und 1991 wieder um 3% wachsen. In OECD-Europa wird für beide Jahren ein Wachstum von 3% erwartet (Übersicht 1).

Beschäftigung wächst langsamer

Die lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften hielt im Vorjahr an. Im 2. Halbjahr 1989 verlangsamte sich allerdings das Wachstum der Beschäftigung in den meisten Ländern. In der OECD insgesamt nahm die Zahl der Beschäftigten im 2. Halbjahr 1989 um 1,4% zu (nach +2,1% im 1. Halbjahr 1989 und +1,9% im Jahresdurchschnitt 1988). In OECD-Europa wuchs die Beschäftigung ziemlich gleichförmig (Jahresdurchschnitt 1989 +1,4%, nach +1,5% 1988). Da das Angebot an Arbeitskräften 1989 langsamer zu-

nahm als die Beschäftigung sank die Arbeitslosenrate in den meisten Ländern, in Europa kräftiger als in Übersee (Übersicht 2). Ausgenommen von dieser allgemeinen Entwicklung waren Dänemark, Norwegen, die Türkei, Island und Neuseeland: Hier beschleunigte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Vorjahr weiter.

Aufgrund der Verlangsamung des Konjunkturaufschwungs wird mit einer Verringerung des Beschäftigungswachstums gerechnet (bis Ende 1991 auf eine Jahresrate von +1% in der OECD insgesamt). Mit Ausnahme der BRD, wo auch heuer infolge der anhaltenden Immigration das Arbeitskräfteangebot deutlich steigen wird, dürfte sich die Zunahme des Angebotes an Arbeitskräften geringfügig abschwächen. Dies hat zur Folge, daß die Arbeitslosenquote bis Ende 1991 in der OECD insgesamt auf dem gegenwärtigen Niveau von 6½% (26 Mill. Arbeitslose) und in OECD-Europa auf 8½% (16 Mill.; Übersicht 2) verharren wird. Das Wachstum der Produktivität

²⁾ Eine detaillierte Beschreibung gibt Pichl C. „Weiterhin fallende Industrierohstoffpreise“ in diesem Heft

Arbeitslosenquote und Inflation

Übersicht 2

	Arbeitslosenquote ¹⁾			Verbraucherpreise ²⁾		
	1989	1990	1991	1989	1990	1991
	In %			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
USA	5,3	5,3	5,5	+ 4,8	+ 4,8	+ 5,0
Japan	2,3	2,3	2,3	+ 2,2	+ 3,3	+ 3,0
BRD ³⁾	5,7	5,5	5,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5
Frankreich ³⁾	9,6	9,3	9,3	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0
Italien ³⁾	11,0	11,3	11,3	+ 6,3	+ 6,0	+ 5,5
Großbritannien ³⁾	6,5	6,5	6,8	+ 7,8	+ 9,0	+ 9,5
Kanada	7,5	8,0	8,3	+ 5,0	+ 4,5	+ 5,5
Große Industrieländer	5,7	5,5	5,8	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,8
Spanien ³⁾	17,0	15,8	14,8	+ 6,8	+ 6,8	+ 6,5
Niederlande ³⁾	9,3	8,8	8,3	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,5
Australien	6,2	6,5	6,5	+ 7,5	+ 8,0	+ 7,5
Schweiz	0,6	0,5	0,5	+ 3,2	+ 4,3	+ 3,3
Schweden	1,4	1,5	2,0	+ 6,5	+ 9,0	+ 8,3
Belgien ³⁾	9,6	9,0	8,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,5
Österreich ⁴⁾	3,4	3,3	3,3	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,5
Dänemark ³⁾	7,0	7,0	6,8	+ 4,8	+ 3,0	+ 2,8
Finnland	3,5	3,8	4,8	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,0
Norwegen	4,9	5,0	5,0	+ 4,6	+ 5,0	+ 5,0
Türkei	10,4	11,0	11,3	+69,7	+55,0	+50,0
Griechenland ³⁾	8,3	8,5	8,8	+13,7	+17,5	+18,5
Portugal ³⁾	5,0	5,0	5,0	+12,6	+12,0	+11,3
Neuseeland	7,2	7,3	7,3	+ 5,7	+ 5,0	+ 3,8
Irland ³⁾	17,2	16,8	16,5	+ 4,1	+ 3,0	+ 3,0
Luxemburg ³⁾	1,9	2,0	2,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,5
Island	1,7	2,3	2,0	+20,6	+13,5	+14,5
Kleine Industrieländer	8,9	8,8	8,8	+13,8	+12,5	+11,5
OECD insgesamt	6,4	6,5	6,5	+ 6,0	+ 5,8	+ 5,8
OECD-Europa	8,6	8,5	8,5	+ 8,6	+ 8,0	+ 7,8
EG	9,0	9,0	9,0	+ 5,3	+ 5,5	+ 5,5
EFTA	2,5	2,5	2,8	+ 4,5	+ 5,8	+ 5,3

Q: OECD, IMF, EG, nationale und eigene Schätzungen. — ¹⁾ In Prozent der Erwerbspersonen — ²⁾ Neue Gewichtung mit Anteilen am privaten Konsum in Kaufkraftparitäten; Inflationsrate ohne Türkei; OECD insgesamt 1989 +4,6% (OECD-Europa +5,2%), 1990 und 1991 +5,0% (+5,5%). — ³⁾ Berechnung der Arbeitslosenquote auf Basis der EG-Arbeitskräfteerhebung, siehe „Methoden und Definitionen der Arbeitskräfteerhebung“, Eurostat, 1988. — ⁴⁾ Bezogen auf die Erwerbspersonen laut Sozialversicherungs- und Arbeitsamtstatistik liegt die Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt höher

Exporte Im Vorjahr belebten sich die Importe der Staatshandelsländer wieder deutlich. Die Entwicklungsländer hielten an ihrer Politik der Importdrosselung fest Anfang 1990 war wieder ein Anziehen der Dynamik des Welthandels zu beobachten

Für den weiteren Verlauf wird unterstellt, daß die Dynamik des Welthandels 1990 nur wenig — auf +6¼% — nachlassen wird Für 1991 ist wieder mit einer leichten Beschleunigung (+7%) zu rechnen Die Belebung des Ost-West-Handels sowie des Nord-Süd-Handels trägt dazu bei In OECD-Europa beschleunigt sich das Wachstum des Außenhandels kaum Der Abbau der lange anhaltenden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der drei größten Industrieländer machte 1989 weitere Fortschritte. Das Defizit der USA sank von 126 Mrd. \$ 1988 auf 104 Mrd. \$ 1989, Japan konnte den Überschuß von 80 Mrd. \$ auf 57 Mrd. \$ verringern Allein in der BRD stieg der Überschuß weiter (von 49 Mrd. \$ auf 53 Mrd. \$). Für 1990 wird eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwartet 1991 dürfte unter der Annahme konstanter Wechselkurse das Defizit der USA weiter sinken, der Überschuß in Japan wird aber wieder zunehmen. Für die Bundesrepublik Deutschland sind Prognosen schwierig, da sie von den Auswirkungen der deutschen Währungsunion überlagert werden In der BRD wird — in der derzeitigen Gebietsabgrenzung — der Überschuß der Leistungsbilanz laut Simulationsrechnungen der OECD aufgrund der zusätzlichen Importnachfrage der DDR 1990 um

se“ der AIECE (Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute) nimmt aufgrund der Abflachung des Konjunkturaufschwungs in den Industriestaaten an, daß die Rohwarenpreise weiter nachgeben werden (ohne Energie, auf Dollarbasis; 1990 –2% und 1991 –1%) Angesichts der Tendenz zur Überproduktion in einigen wichtigen OPEC-Ländern (der Förderplafond wurde Ende September 1989 von 19,5 Mill. Barrel pro Tag auf 22,1 Mill. Anfang Mai 1990 angehoben) und des Nachlassens der Erdölnachfrage blieb der Erdölpreis im Frühjahr 1990 unter dem Preisziel der OPEC von 18 \$ je Barrel. Im Jahresdurchschnitt 1990 dürfte der Importpreis der OECD aber wieder knapp über 18 \$ betragen und 1991 auf 18¼ \$ steigen.

Vorübergehend verlangsamtes Wachstum des Welthandel

Das Wachstum des Welthandels hat sich im 2. Halbjahr 1989 etwas verlangsamt (von +7½% im 1. Halb-

jahr auf +5¼%). Noch ausgeprägter war die Abschwächung im Intra-OECD-Handel (von +11% auf +4¾%). Wegen der deutlichen Steigerung der Energieimporte verlangsamte sich das Wachstum der OECD-Importe weniger als jenes der OECD-

Entwicklung der Weltmarktrohstoffpreise

Übersicht 3

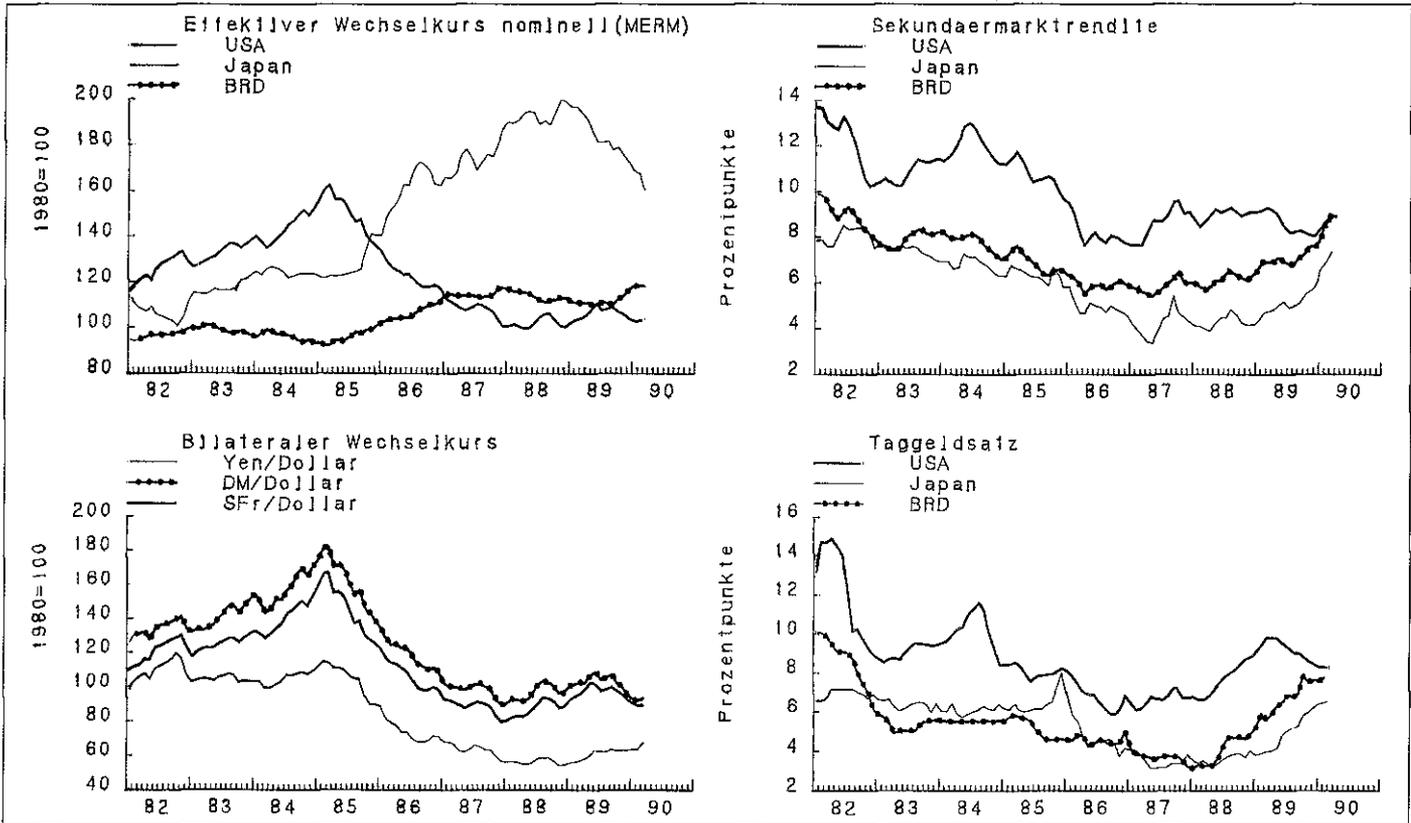
HWWA-Index

	Gewicht in %	1989	1990	1991
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Insgesamt	100,0	+11	+ 4	+3
Ohne Energierohstoffe	36,8	± 0	– 2	–1
Nahrungs- und Genußmittel	15,9	– 4	– 6	±0
Getreide	4,6	+ 7	– 5	–3
Ölsaaten Öle	2,9	–12	–17	–5
Genußmittel Zucker	8,4	– 6	– 2	+4
Industrierohstoffe	20,9	+ 2	± 0	–1
Agrarische Industrierohstoffe	10,2	± 0	+ 7	±0
NE-Metalle	6,1	+ 3	–16	–3
Eisenerz Schrott	4,6	+ 9	+10	–2
Energierohstoffe	63,2	+18	+ 7	+4
Kohle	5,5	– 2	+11	+5
Rohöl	57,7	+20	+ 6	+4

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg; auf Dollarbasis gewichtet mit Warenimporten der Industrieländer Prognose 1990 1991: AIECE Arbeitsgruppe für Weltmarktpreise

Wechselkurs und Zinsen

Abbildung 2



7 Mrd \$ und 1991 um 18½ Mrd \$ steigen. Ein wiedervereinigtes Deutschland hätte dagegen mit einer Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses um 6¼ Mrd \$ 1990 bzw. um 10½ Mrd \$ 1991 zu rechnen

bis 5½% die „natürliche Arbeitslosenquote“ erreicht worden sein. Das tatsächliche BNP-Wachstum liegt unter dem potentiellen. Nach dem Wegfall der preistreibenden Sondereffekte im I. Quartal (höhere Nahrungsmittel-

und Energiepreise infolge des strengen Winters) dürfte der Preisauftrieb eine Jahresrate von +4¾% annehmen.

Nach der Lockerung der Geldpolitik zur Jahresmitte 1989 hat sich der

Leichte Rezession in den USA

Nach einer durch Sonderfaktoren (Hurrikan „Hugo“, Erdbeben in Kalifornien, Streik beim Flugzeughersteller Boeing, kalter Dezember) beeinflussten Konjunkturverlangsamung im IV Quartal 1989 (saisonbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorquartal +1,1%, hochgerechnet auf Jahresbasis) erreichte das Wachstum des realen BNP auch im I. Quartal 1990 nur eine saisonbereinigte Jahresrate von 1,3%. Wachstumsstütze war die private Konsum- und Investitionsnachfrage. Obwohl der Leading Indicator im Frühjahr vorübergehend wieder nach oben zeigte, deutet die Mehrzahl der Indikatoren darauf hin, daß die Wirtschaft der USA in eine leichte Rezession geraten wird. Die Kapazitätsauslastung sinkt, die Industrieproduktion stagniert, die Beschäftigung nimmt verlangsamt zu. Auf dem Arbeitsmarkt dürfte mit 5%

Entwicklung des Welthandels

Übersicht 4

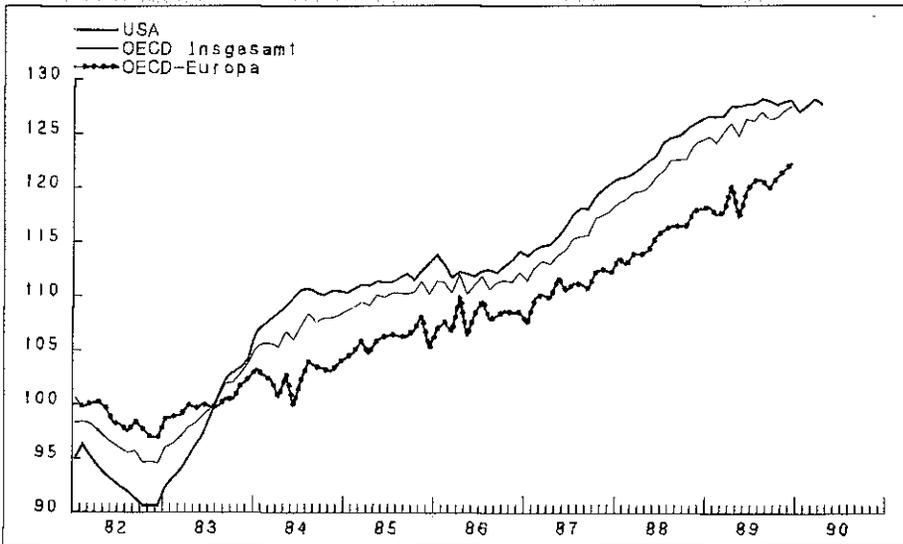
	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Welthandel, real	+ 7½	+ 6¼	+ 7
Industrieländer			
Exporte	+ 7½	+ 6¼	+ 6¼
Importe	+ 8	+ 6	+ 6½
Intra-OECD-Handel (Ø Exporte/Importe)	+ 8½	+ 6½	+ 7
OPEC			
Exporte	+ 11½	+ 2½	+ 3¼
Importe	+ 2	+ 6½	+ 5½
Sonstige Entwicklungsländer			
Exporte	+ 5¼	+ 6½	+ 7½
Importe	+ 6	+ 6½	+ 7
Staatshandelsländer			
Exporte	+ 3	+ 4½	+ 6¼
Importe	+ 8½	+ 13¼	+ 18½
		Mrd \$	
Leistungsbilanzsaldo			
OECD-Länder	- 83	- 75	- 70
USA	- 104	- 99	- 94
Japan	+ 57	+ 47	+ 54
BRD	+ 53	+ 64	+ 62
OECD-Europa	- 2	+ 15	+ 11
OPEC-Länder	+ 4	+ 5	+ 4
Sonstige Entwicklungsländer	- 2	- 2	+ 1
Staatshandelsländer	+ 13	+ 15	+ 5
Welt¹)	- 69	- 57	- 60

Q: OECD, AIECE, IMF. — ¹) Welt (= Statistische Differenz) = OECD + OPEC + Sonstige Entwicklungsländer (Nicht-OPEC) + Staatshandelsländer

Industrieproduktion der USA

Saisonbereinigt, 1981 = 100

Abbildung 3



Kurs der Notenbank nicht grundsätzlich geändert. Zunächst sanken die Zinsen; seit der Jahreswende steigen jedoch die langfristigen Zinsen wieder deutlich. Einerseits spiegelt sich darin die anhaltende Abhängigkeit der USA von ausländischem Kapital zur Finanzierung der „Zwillingsdefizite“ (Budget und Leistungsbilanz), und andererseits steigen die Zinsen weltweit, da die internationalen Kapitalmärkte den – angesichts der Umstrukturierung in den Oststaaten – zu erwartenden Kapitalbedarf bereits antizipieren. Die Notenbank der USA ist aber auch über eine Reihe anderer potentieller Krisenherde im Finanzsystem der USA besorgt (Insolvenzen vieler Sparkassen, Zusammenbruch des „Junk-bond“-Marktes, zunehmende Verschuldung im privaten Unterneh-

menssektor), die die Gefahr einer Finanzkrise mit unabsehbaren Folgen in sich bergen.

Das Budgetdefizit konnte vom Höchstwert von 3,4% des BNP (Gesamtstaat) im Jahr 1986 auf 2% 1989 verringert werden. Dennoch wurde auch im Fiskaljahr 1989 (bis Ende September 1989) die im Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz (GRH) festgelegte Grenze überschritten. Für das Fiskaljahr 1990 rechnet man mit einem neuerlichen deutlichen Überschreiten der GRH-Grenze von 100 Mrd. \$.

Einschließlich der Beträge für die Sparkassensanierung (rund 50 Mrd. \$ – einige Schätzungen lauten sogar auf 130 Mrd. \$) wird ein Defizit von mehr als 190 Mrd. \$ erwartet, d. h. – entgegen dem Versprechen im Präsidentschaftswahlkampf –

werden Steuererhöhungen unumgänglich sein. Die „Friedensdividende“ (Einsparungen im Zuge der internationalen Abrüstung) dürfte zwar zur Verringerung der Rüstungsausgaben beitragen, ist aber für den erforderlichen Defizitabbau (kurzfristig) allein nicht ausreichend. Insgesamt wird die Budgetpolitik weiterhin restriktiv wirken.

Angesichts der auf Restriktion ausgerichteten Fiskal- und Geldpolitik ist mit einer leichten Rezession in den USA zu rechnen. Nach dem Tiefpunkt 1990 (die BNP-Wachstumsprognosen reichen von 1,7% – IMF – bis 2,3% – OECD; WIFO: +2%) wird sich die Konjunktur 1991 leicht erholen (+2,5%). Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen werden fast parallel mit dem BNP wachsen. Vom Außenbeitrag (reale Nettoexporte) gehen 1990 und 1991 weniger Impulse auf das BNP-Wachstum aus als 1988 und 1989. Die Konjunkturabschwächung wird dazu beitragen, daß sich die Inflation nur mäßig beschleunigt und das Defizit in der Leistungsbilanz weiter verringert wird (Übersicht 4).

**Weitere
Wachstumsabschwächung in
Japan**

Die japanische Volkswirtschaft expandierte zwar im 2. Halbjahr 1989 mit einem Wachstum des realen BNP von 5,9% kräftiger als im 1. Halbjahr (+4%) doch um die Jahreswende verlangsamte sich das Tempo der Konjunktur. Die Inlandsnachfrage nahm im 2. Halbjahr sogar um 6,7% zu. Den Hauptimpuls gaben die Investitionen privater Unternehmen. Gründe dafür sind die hohe Kapazitätsauslastung, die gute Gewinnsituation und angesichts der Arbeitskräfteknappheit der Zwang zur Substitution von Arbeit durch Kapital. Nach der Zurückhaltung im Zusammenhang mit der Einführung der Konsumsteuer im April 1989 erholte sich die private Konsumnachfrage in der zweiten Jahreshälfte wieder. Japan blieb seinem 1986 gewählten wirtschaftspolitischen Kurs treu: Abbau des Leistungsbilanzüberschusses durch eine an der Inlandsnachfrage orientierte Wachstumspolitik. Der reale Außenbeitrag war auch im Vorjahr negativ. Trotz der Schwächung des Yen und eines kräftigen Marktwachstums stagnierten

Wirtschaftszahlen der USA

Übersicht 5

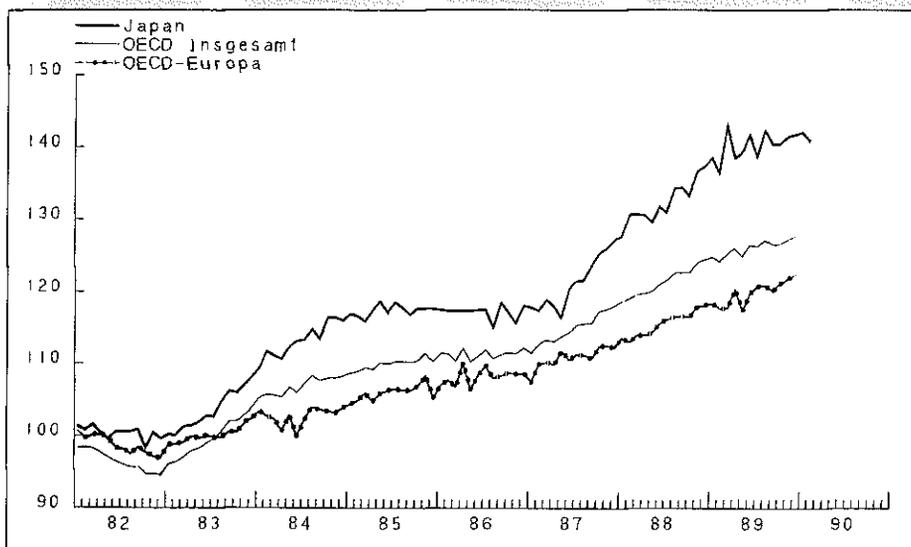
	1989	1990	1991
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	+ 27	+20	+ 20
Öffentliche Ausgaben	+ 27	+23	+ 23
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 1,6	+20	+ 3,5
Wohnungs- und Hausbau	- 29	-0,3	+ 3,5
Übrige Investitionen	+ 3,3	+3,3	+ 3,5
Inländische Endnachfrage	+ 2,5	+2,0	+ 2,3
Lagerbildung ¹⁾	- 0,2	-0,3	+ 0,3
Gesamte Inlandsnachfrage	+ 2,4	+1,8	+ 2,5
Exporte i. w. S.	+11,2	+9,0	+ 8,5
Waren	+12,5	+8,8	+10,3
Importe i. w. S.	+ 6,1	+6,5	+ 7,0
Waren	+ 5,8	+7,5	+ 8,0
Außenbeitrag ¹⁾	+ 0,6	+0,3	+ 0,0
Brutto-Nationalprodukt	+ 3,0	+2,0	+ 2,5
Deflator	+ 4,1	+4,0	+ 4,5
Nominell	+ 7,2	+6,0	+ 7,0
Produktivität			
BNP je Beschäftigten	+ 0,9	+1,0	+ 1,3

Q: OECD, IMF, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

Industrieproduktion Japans

Abbildung 4

Saisonbereinigt, 1981 = 100



die Exporte um die Jahreswende 1989/90, während die Importe infolge der lebhaften Inlandsnachfrage stark zunahmen. Im Zuge der Internationalisierungsstrategie japanischer Firmen, arbeitsintensive Produktionen ins Ausland zu verlagern, werden einerseits Exporte substituiert und befriedigen andererseits Tochterfirmen die Importnachfrage. Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt drückte die ohnedies niedrige Arbeitslosigkeit weiter nach unten. Der Preisauftrieb — gemessen am Anstieg des Verbraucherpreisindex — setzte sich nach dem Sprung im April des Vorjahres um 1 Prozentpunkt (Einführung der Konsumsteuer) fort (I. Quartal 1990 +3½%)

Die Politik der Budgetkonsolidierung wird aufgrund der hohen öffentlichen Verschuldung (1989 brutto 68%

des BNP) fortgeführt. Das Budget des Gesamtstaates weist zwar einen Überschuß auf, als politisches Ziel wird aber eine Verringerung des Verhältnisses von Schuldenaufnahme zu Staatsausgaben von derzeit 8,5% auf 5,5% bis 1995 angestrebt. Aber nicht nur die Fiskalpolitik wird restriktiv bleiben, sondern in noch stärkerem Maß die Geldpolitik. Als Reaktion auf den stetigen Verfall des Yen-Kurses und zur Eindämmung des Inflationsauftriebs wurde der Diskontsatz in mehreren Etappen vom Tiefpunkt vor einem Jahr (2,5%) auf 5,25% im März 1990 angehoben. Trotz Verringerung des Zinsdifferentials zum Ausland verfiel der Yen zu Jahresbeginn 1990 weiter. Darin spiegelt sich auch der starke Kapitalabfluß für ausländische Direktinvestitionen. Der Verfall der Aktien- und Anleihenurse an der

Börse von Tokio im Frühjahr ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die inländische Endnachfrage (Investitionen und privater Konsum) wird weiterhin — wenn auch mit geringerem Zuwachs — die Stütze der Konjunktur bleiben. Dennoch dämpft die restriktive Wirtschaftspolitik den Konjunkturverlauf (Verringerung der öffentlichen Ausgaben, höhere Zinsen). Infolge der Abwertungstendenz des Yen werden die Exporte wieder anziehen und die Importe langsamer wachsen als bisher; somit kommt die notwendige Anpassung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes zum Stillstand. Der Überschuß der Leistungsbilanz steigt bis 1991 absolut sogar wieder auf 54 Mrd \$ (Übersicht 4), gemessen am BNP auf 1,7%. Die Abschwächung der Konjunktur wird sich in einer Verlangsamung des Wachstums des realen BNP von 4,5% 1990 auf 4% 1991 niederschlagen. Damit wird Japan aber weiterhin zu jenen Industrieländern zählen, deren Wirtschaft am raschesten wächst (Übersicht 1)

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR stützt Konjunktur in der BRD

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland expandiert weiterhin kräftig. 1989 wurde mit 4% das höchste Wachstum des realen BNP seit 1979 erzielt. Im Verlauf des 2. Halbjahres 1989 verlagerte sich die Dynamik der Konjunktur zunehmend von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Das Wachstum der Exporte verflachte parallel mit der Konjunkturverlangsamung in wichtigen Partnerländern. Gegen Jahresende verstärkte sich die private Konsumnachfrage. Der kräftige Zustrom von Übersiedlern aus der DDR und Aussiedlern aus osteuropäischen Ländern bewirkte die deutlichste Zunahme der Bevölkerung seit den fünfziger Jahren und trug wesentlich zur Belebung des privaten Konsums bei. Auch die Investitionsdynamik hat sich beschleunigt. Die Zuwanderungswelle verursachte eine Verknappung an Wohnraum. Der schockartigen Erhöhung der Nachfrage steht noch kein entsprechendes Angebot an Wohnungen gegenüber, dies dürfte bei der hohen Kapazitätsauslastung im Baugewerbe einen An-

Wirtschaftszahlen Japans

Übersicht 6

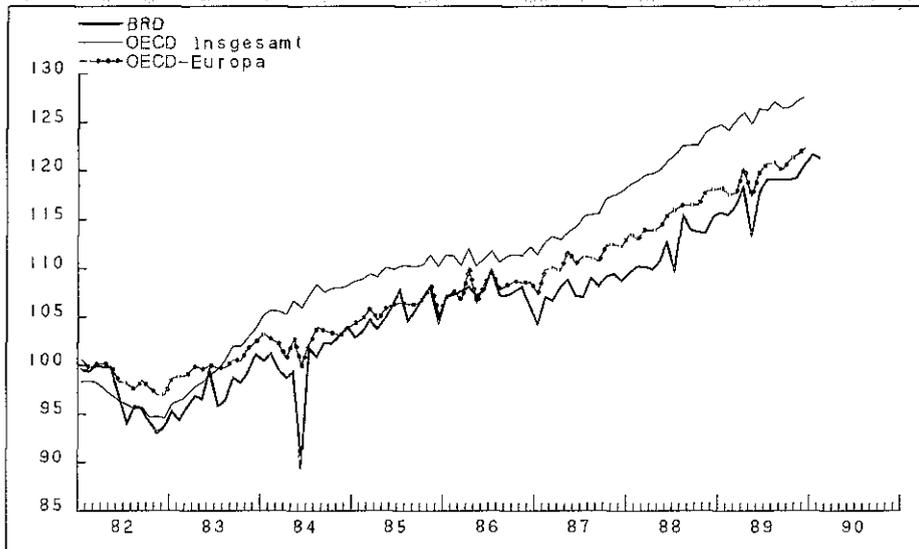
	1989	1990	1991
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,8
Öffentlicher Konsum	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 10,9	+ 7,8	+ 4,8
Inländische Endnachfrage	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,0
Lagerbildung ¹⁾	- 0,1	± 0,0	+ 0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	+ 5,9	+ 5,0	+ 4,0
Exporte i. w. S.	+ 15,4	+ 10,8	+ 8,5
Waren	+ 4,4	+ 4,3	+ 7,5
Importe i. w. S.	+ 21,4	+ 13,0	+ 8,0
Waren	+ 7,9	+ 7,0	+ 6,0
Außenbeitrag ¹⁾	- 1,0	- 0,5	± 0,0
Brutto-Nationalprodukt	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,0
Deflator	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,5
Nominell	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,5
Produktivität			
BNP je Beschäftigten	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5

Q: OECD, IMF, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

Industrieproduktion der BRD

Saisonbereinigt, 1981 = 100

Abbildung 5



stieg der Baupreise auslösen. Zur Jahreswende 1989/90 erreichte die Kapazitätsauslastung in der Industrie die höchsten Werte seit 20 Jahren. Die wachsende Knappheit an gut ausgebildeten Facharbeitern konnte nur zum Teil durch Einwanderer gemildert werden. Insgesamt hat der deutliche Anstieg von Nachfrage und Produktion die Nachfrage nach Arbeitskräften erheblich belebt. Die Beschäftigung wächst kräftig, die Arbeitslosigkeit ging bis zuletzt zurück. Obwohl die Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft ein hohes Niveau erreicht hat, verstärkte sich der Auftrieb der Verbraucherpreise nicht. Einerseits milderten die Aus- und Übersiedler durch Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, andererseits dämpfte die Kostenentwicklung die Preise (die Aufwertungs-tendenz der DM stabilisierte die Importpreise, das hohe Produktivitätswachstum die Arbeitsstückkosten). Alle Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs hin. Anfang Mai wurde in Teilbereichen der Metallindustrie eine Grundsatzvereinbarung über die Einführung der 35-Stunden-Woche bis 1995 erzielt. Sie könnte auch für andere Industriezweige Signalwirkung haben.

Die Verlangsamung der Konjunktur im Ausland bedeutet auch für die Bundesrepublik Deutschland eine Abschwächung der Auslandsnachfrage. Zudem lassen die höheren Zinsen eine gebremste Entwicklung der Inlandsnachfrage erwarten. Auch von

der Fiskalpolitik sind 1991 – nach der Steuersenkung Anfang 1990 – keine zusätzlichen expansiven Impulse zu erwarten. Dies alles würde in eine deutliche Konjunkturabschwächung führen. Die Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR mit 1. Juli 1990 wird dieses Konjunkturbild allerdings verändern. Das Ausmaß der zusätzlichen Konjunkturreffekte ist schwer abzuschätzen, da die wirtschaftliche Vereinigung einer hochentwickelten Marktwirtschaft mit einer unterentwickelten Planwirtschaft ein historisch einmaliges Experiment ist. Weder sind die Kosten für die Anschubfinanzierung (für den Aufbau eines Sozialversicherungssystems in der DDR) genau zu beziffern, noch sind die Reaktionen der Wirtschaftssubjekte in der DDR

auf die Einführung der DM genau vorauszusagen (Simulationsergebnisse in Abbildung 1).

Im günstigsten Fall wird damit gerechnet, daß der zusätzliche Nachfrageimpuls aus der DDR, der vorwiegend der Bundesrepublik Deutschland zugute kommen wird, das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland 1990 und 1991 um 1 bis 1½ Prozentpunkte anheben wird. Zur Finanzierung der deutschen Einheit einigten sich Bund und Länder auf die Schaffung eines „Fonds Deutsche Einheit“ in Höhe von 115 Mrd DM (gespeist durch 20 Mrd DM aus Einsparungen im Bundeshaushalt, der Rest durch Kreditaufnahme). Damit sollen die voraussichtlichen Haushaltsdefizite der DDR bis 1994 finanziert sowie Teile der Anschubfinanzierung abgedeckt werden. Die angekündigte deutsche Währungsunion machte – nach 7 Mrd DM im März – im Mai 1990 bereits einen zweiten Nachtrag zum Bundeshaushalt 1990 von 4,75 Mrd DM notwendig (2,75 Mrd DM für die Anschubfinanzierung der Sozialsysteme der DDR, 2 Mrd DM für die Aufstockung der Investitionskredite für Mittelstandsunternehmen und Existenzgründungen in der DDR). Diese Mehrausgaben können aus konjunkturbedingten Steuerermehreinnahmen finanziert werden. Das ursprüngliche Budgetdefizit des Bundes wird mit 31 Mrd DM sogar niedriger ausfallen als geplant.

Die Prognosen für 1990 und 1991 sind angesichts der Beispiellosigkeit der deutschen Wiedervereinigung mit unüblich hohen Risiken behaftet. Das

Wirtschaftszahlen der BRD

Übersicht 7

	1989	1990	1991
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	+ 17	+ 40	+ 38
Öffentlicher Konsum	- 08	+ 15	+ 23
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 72	+ 60	+ 55
Ausrüstungsinvestitionen	+ 97	+ 80	+ 60
Bauinvestitionen	+ 53	+ 50	+ 45
Inländische Endnachfrage (Lagerbildung ¹⁾)	+ 24	+ 40	+ 40
Gesamte Inlandsnachfrage	+ 04	+ 00	+ 00
+ 28	+ 40	+ 40	
Exporte i w S	+ 10,4	+ 7,5	+ 8,5
Waren	+ 8,8	+ 6,5	+ 6,3
Importe i w S	+ 7,3	+ 8,0	+ 9,0
Waren	+ 7,9	+ 8,3	+ 9,3
Außenbeitrag ¹⁾	+ 1,3	- 0,3	+ 0,0
Brutto-Nationalprodukt	+ 4,0	+ 3,8	+ 4,0
Deflator	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,5
Nominal	+ 6,5	+ 7,0	+ 7,5
Produktivität			
BNP je Beschäftigten	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5

Q: OECD Gemeinschaftsgutachten der fünf deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute Sachverständigenrat – ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

WIFO geht davon aus, daß das Wachstum des realen BNP in der BRD einschließlich der zusätzlichen Nachfrageimpulse aus der DDR 1990 3,8% und 1991 4% beträgt. 1990 wird sich die Konsumnachfrage dank Steuerreform und Mehrnachfrage der Aus- und Übersiedler verstärken. Der Ausfall an Auslandsnachfrage auf den Weltmärkten wird durch die Exporte in die DDR kompensiert. Im kommenden Jahr wird die Inlandsnachfrage hauptsächlich von den Investitionen gestützt. Der Überschuß in der Leistungsbilanz der BRD (in der heutigen Gebietsabgrenzung) wird 1990 weiter steigen und 1991 kaum sinken. Im Hinblick auf die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Frühjahr kann angenommen werden, daß die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1990 leicht unter das Niveau von 1989 sinkt. Die restriktive Haltung der Geldpolitik wird den Preisauftrieb trotz Hochkonjunktur nicht wesentlich beschleunigen (Übersicht 2)

Aussichten für die übrigen Weltregionen

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird künftig von einer Reihe von Umwälzungen beeinflusst werden. In Europa bestimmt die nahende Vollendung des Binnenmarktes 1992 die Entwicklung der Wirtschaft. Sowohl national als auch international (Direktinvestitionen in anderen EG-Ländern) ist mit einem Investitionsboom zu rechnen. Bereits im Vorjahr wuchs Europas Wirtschaft rascher als die der USA. Auch für die kommenden Jahre wird mit einem positiven Wachstumsdifferential gegenüber den USA gerechnet (Übersicht 1). Mittelfristig könnte Europa zusätzlich von der Öff-

nung der Oststaaten profitieren. Angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft wird kurzfristig allerdings kein Impuls er-

Zahlreiche Umwälzungen bestimmen die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft. In Europa stimuliert die Vollendung des EG-Binnenmarktes die Investitionsdynamik. Die Umwandlung der Plan- in Marktwirtschaften dürfte mittelfristig den Ost-West-Handel beleben. Die Entwicklungsländer sind gezwungen, ihre Binnenwirtschaft zu stabilisieren, um so wieder kreditwürdig zu werden. Infolge der harten Stabilisierungsprogramme im Osten (Polen, Jugoslawien) und Süden (Brasilien) wird kurzfristig sowohl der Ost-West- als auch der Nord-Süd-Handel gestört.

wartet. Diese Länder bedürfen zunächst umfangreicher Finanzhilfe und Know-how-Transfers. Einerseits vermindert die bereits bestehende hohe Verschuldung der Oststaaten die Neigung westlicher Stellen zur umfangreichen Unterstützung, andererseits bestehen noch keine ausreichenden rechtlichen Rahmenbedingungen für ein Funktionieren der Marktwirtschaft (z. B. Regelung des Beteiligungsgrades ausländischer Investoren bei Joint-Venture-Projekten, Konvertibilität der Währungen). In der Umstellungsphase muß daher mit rezessiven Entwicklungen in den Oststaaten gerechnet werden (hohe Produktionsausfälle, steigende Arbeitslosigkeit, Konkurswellen). Darüber hinaus hat der Abbau der Ost-West-Spannungen weltweit die Hoffnung auf drastische Reduktion der Rüstungsausgaben in

den USA und in der UdSSR genährt. Simulationsanalysen des IMF³⁾ zeigen, daß die budgetsparenden Wirkungen („Friedensdividende“) kurz- bis mittelfristig mäßig sind. Unter der Annahme, daß die derzeitigen Verteidigungsausgaben der USA und anderer großer Industrieländer auf dem nominalen Stand von 1990 eingefroren werden, würde das BIP der Industrieländer nur leicht sinken (kumulierter mittelfristiger Rückgang des realen BIP von knapp 1% in den USA, in Großbritannien und Frankreich). In anderen Ländern sind kaum Auswirkungen zu bemerken.

In den Entwicklungsländern (vom IMF definiert als alle Mitgliedsländer – Welt – minus westlicher Industrieländer) hat sich die Dynamik des Wachstums analog zur Entwicklung in den Industrieländern verlangsamt. Die Zuwachsraten des realen BIP gingen von 4% 1988 auf 3% 1989 zurück. Für 1990 wird mit 3,2% ein nahezu unverändertes Wachstum erwartet. 1991 rechnet man wieder mit einem Aufschwung (+4,5%). Unterteilt man die Entwicklungsländer nach Regionen, so weisen 1989 die Länder Asiens mit 5,1% das höchste Wirtschaftswachstum auf vor den Ländern des Nahen Ostens (OPEC) mit 3,9% und jenen Afrikas mit 2,9%. Die Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern Europas (vorwiegend Oststaaten, die IMF-Mitglieder sind) und jene der westlichen Hemisphäre (Lateinamerika) stagnierten wegen der Stabilisierungsprogramme. Die gesamte Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer sank Ende 1989 geringfügig auf 1 214 Mrd. \$ Insgesamt ergibt sich somit folgender Konjunkturverlauf für die Weltwirtschaft: Nach +4,1% 1988 und +3% 1989 wird das reale Wirtschaftswachstum 1990 auf 2,3% zurückgehen und 1991 wieder leicht anziehen (+3,1%)

³⁾ IMF World Economic Outlook Washington 1990 S 34-36